Nr. 124a. XXXIII. Jahrgang **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 9. März 1904

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

36. Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Minister Budde und Kommissare.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Die allgemeine Besprechung wird fortgesetzt.

Abg. **Brömel** (fr. Vg.):

Die Beratung des Eisenbahnetats steht diesmal in dem Zeichen der Jubiläumsstimmung; „und das hat mit seiner Rede der Herr Minister getan." Allerdings sehen wir bald auf das 25jährige Jubiläum der Verstaatlichung unserer Eisenbahnen zurück. Herr Minister Budde hat gestern besonders betont, daß der Finanzminister ein viel zu kluger Mann sei, um in seinen Etat sich einzumischen. Ich glaube auch, der Herr Minister Budde ist ein viel zu kluger und energischer Mann, um sich eine Nebenregierung durch den Finanzminister gefallen zu lassen. Mit Neid und Bewunderung sehen andere Staaten auf unser Eisenbahnwesen. In der Tat, die Lichtseiten in unserer Eisenbahnverwaltung überwiegen. Ein Zug der Reform geht durch unser Eisenbahnwesen. Der Assessorismus, über den früher so lebhaft geklagt wurde, ist im Abnehmen. Ob der Herr Minister bei seinen Abschlüssen für Kohle und Eisen besonders glücklich gewesen ist, kann ich nicht beurteilen. Ich weiß nur, daß sehr viele Privatindustrielle zu bedeutend günstigeren Bedingungen Lieferungsverträge abgeschlossen haben. Ich hoffe, daß der Minister den Eisenindustriellen nicht zu sehr entgegenkommt und ihren übertriebenen Forderungen mit der Energie, die wir an ihm gewohnt sind, entgegentritt. Ich wünsche, daß er die Devise der Eisenindustriellen, die in dem Eisenkartell vereinigt sind, vernichtet: „Liebe Dein Eisen wie Dich selbst und schmiede Deinen Nächsten, solange er warm ist!" (Heiterkeit.) Hier heißt es: „Minister, werde hart!" (Heiterkeit.) (Im Hause herrscht große Unruhe, sodaß der Redner nur schwer zu verstehen ist.) Ich freue mich, daß der Minister sich gegen die prunkhafte Bahnhofsbauten ausgesprochen hat. Auf diese Weise wird es möglich sein, die alten Buden, die wir noch in großer Zahl haben, schneller durch neue Bahnhöfe zu ersetzen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Minister bitten, dafür zu sorgen, daß der Ueberfüllung der Wagen, die zu gewissen Zeiten unvermeidlich ist, nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Die vorschriftsmäßige Besetzung der Abteile darf aber nicht die Ausnahme werden. Unsere Eisenbahnen befinden sich heute nicht mehr auf dem toten Strang. In unsere Eisenbahnverwaltung ist der Geist des modernen Verkehrs eingezogen. Wir können der Eisenbahnverwaltung zu ihrem Jubiläum nichts Besseres wünschen, als daß dieser moderne Geist ihr erhalten bleiben möge. (Beifall links.)

Abg. **Volger** (freik.)

bittet den Minister, die allzu große Ausbreitung der Konsumvereine, durch die der Mittelstand geschädigt werde, zu verhindern.

Abg. **Junghenn** (natl.)

bittet den Minister, eine Erweiterung der Sonntagskarten, vor allem für die Strecke Hanau—Frankfurt a. M., herbeizuführen.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.)

verlangt ein schnelleres planmäßiges Vorgehen beim Bau von Nebenbahnen. Selbst wenn diese Bahnen unrentabel seien, bedeuteten sie doch eine Steigerung der Staatseinnahmen; denn die Städte und Dörfer, die an der Bahn liegen, würden gefördert, und das hätte sehr oft eine allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Lage des Orts zur Folge und damit für den Staat auch eine größere Einnahme aus der Einkommensteuer.

Die Abgg. **Hubrich** (Ztr.) und **Faltin** (Ztr.) bringen lokale Wünsche vor.

Präsident **v. Kröcher**

unterbricht den Abg. Faltin und macht ihn darauf aufmerksam, daß diese Sache zu einem anderen Titel gehöre; er solle dann wenigstens nachher auf das Wort verzichten. (Heiterkeit.)

Abg. **Funck** (fr. Vp.):

Die Versuche mit elektrischen Schnellbahnen, mit denen wir Geschwindigkeiten über 200 Kilometer erzielten, haben die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf unsere elektrische Industrie gezogen. Ich bedauere, daß diese elektrischen Schnellbahnen nicht auf der Ausstellung in St. Louis gezeigt werden. Gerade hier wäre es angezeigt gewesen, die Aufmerksamkeit auf unsere gewaltige elektrische Industrie zu lenken. — Vor allem freue ich mich, daß die Eisenbahnverwaltung immer mehr für die Betriebssicherheit sorgt. Forderungen des Etats, die bedwegen an uns kommen, werden wohl stets gern bewilligt werden. Ich glaube auch, daß das schnellere Tempo in der Einführung der elektrischen Beleuchtung von dem reisenden Publikum sehr begrüßt werden wird. Die jetzige Beleuchtung ist überaus mäßig und nach dem Urteil von Fachleuten auch keineswegs ungefährlich. Der Minister ist der mächtigste aller seiner Kollegen. Wir hoffen, daß er von seiner Macht den im Interesse des Verkehrs und der Verkehrssicherheit erforderlichen Gebrauch machen werde.

Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.)

bringt eine Reihe von Wünschen vor und verlangt insbesondere Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses. Von von Kleinbahnen in der Nähe industrieller Städte zur Hebung der Wohnungsnot und Berücksichtigung der katholischen Feiertage im Dienstplan der Beamten.

Abg. Dr. **v. Dircksen** (freik.)

verlangt, daß die Eisenbahnkonsumvereine, durch die die selbständigen Geschäftsleute erheblich geschädigt werden, eingeschränkt werden. In Magdeburg sei den Eisenbahnbeamten die Mitgliedschaft in den sozialdemokratischen Konsumvereinen verboten worden. Es sei aber vielleicht geboten, den Eisenbahnbeamten anzuraten, sich nicht an die Spitze der Konsumvereine zu stellen.

Minister der öffentlichen Arbeiten **Budde:**

Die Eisenbahnverwaltung steht der von dem Vorredner angeregten Sache ganz objektiv gegenüber; sie kann aber ihren Beamten nicht verbieten, sich zu Konsumvereinen zusammenzuschließen. In ihrer dienstfreien Zeit können die Beamten tun, was sie wollen. Die Behauptung, wir leisteten der Sozialdemokratie Vorschub, wenn wir unseren Beamten die Teilnahme an den Konsumvereinen gestatten, ist unrichtig. Daß wir der Sozialdemokratie entgegentreten, beweist das Verhalten der Direktion in Magdeburg. Wir fragen uns vor allem: Wer steht an der Spitze der Konsumvereine, und wohin fließen die ersparten Mittel? Ich bin der Ansicht, daß die Eisenbahnbeamten ihre Bedürfnisse vor allem beim Mittelstand decken sollen, wenn aber ein örtlicher wirtschaftlicher Kampf entsteht, dann halte ich es für unmöglich, einzugreifen. Ich möchte aber betonen, daß auch ich den Mittelstand erhalten und schützen will. Es ist nun eine Statistik verlangt worden, wann die Beamten das Höchstgehalt erreichen. Eine solche Statistik würde mehr Arbeit erfordern, als sie Aufklärung bringen könnte. Diesen Wunsch kann ich also nicht erfüllen. Es ist dann geklagt worden, daß bei Versetzungen zu wenig Rücksicht auf die Wünsche der Beamten genommen werde. Ich glaube, die Klagen rühren weit mehr von den nicht im Dienst stehenden Ehehälften her. Bei 375 000 Beamten läßt sich nicht alles nach den Wünschen regeln. Für die Einführung der Plakkarten waren nicht fiskalische, sondern betriebliche Interessen maßgebend, ebenso wie für die Einführung der Bahnsteigkarten. Die Plakkarten stellen auch gewissermaßen einen Ausgleich für den größeren Luxus der Züge dar. Die Klagen, daß in den Auskunftbureaus keine Pläne für Auslandreisen vorhanden sind, sind berechtigt. Ich habe sofort Veranlassung genommen, hier Remedur zu schaffen. Dem Wunsche, das Viehtarifbuch zu verbessern, stehe ich sympathisch gegenüber. Ich glaube allerdings, daß nur sehr wenig vom Viehtarifbuch Gebrauch gemacht wird. Der Abgeordnete Brömel hat darüber geklagt, daß vor allem auf den Vorort- und Ringbahnen eine zu große Ueberfüllung in den Wagen herrscht. Ich hoffe, der Herr Abgeordnete hat mit diesen berechtigten Ausführungen nach zwei Richtungen etwas sagen wollen. Nämlich der Berliner Stadtverwaltung, daß sie dafür sorgt, daß der Bau von Untergrundbahnen auch in den Vororten beschleunigt wird. Ich kann nicht umhin, zu erklären, daß Berlin in seiner Verkehrsentwicklung zurückgeblieben ist. Der Staat ist nicht dazu da, Stadtstreckenbahnen zu bauen. Nicht eine einzige Stadt bei preußisch-hessischen Gemeinschaft kann auf eine derartige Verkehrserleichterung sehen wie Berlin mit seiner Vorort- und Ringbahn. Ich hoffe, daß der Abg. Brömel mit seinen Ausführungen erreicht, daß die Stadt Berlin mit dem Bau von städtischen Bahnen in beschleunigtem Tempo vorgeht. Der Appell an das Publikum, nicht in überfüllte Wagen noch einzusteigen, ist auch berechtigt. Die Stationsvorsteher können an Sonn- und Feiertagen den Ansturm des Publikums nicht zurückweisen. Es ist verlangt worden, daß die Remunerationen abgeschafft werden. Jeder große Betrieb muß unter Umständen an Leute, die etwas Besonderes leisten, Remunerationen gewähren. Daß die Remuneration nur auf Grund wirklicher Leistungen geschieht, garantiere ich Ihnen, daß aber der Einzelne nicht einsieht, warum der Andere, der mehr geleistet hat, die Remuneration erhält, das garantiere ich Ihnen auch. (Heiterkeit.) Wir haben leider keinen Einfluß darauf gehabt, daß elektrische Schnellbahnen auf der Weltausstellung in St. Louis ausgestellt werden. Die Studiengesellschaft, der diese Wagen gehören, hat es abgelehnt, weil diese Ausstellung mit zu großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Der Wunsch, noch mehr Plakate in den Eisenbahnen anzuhängen, ist unberechtigt. Wir haben schon viel zu viel Plakate. (Heiterkeit.) Aber ich habe angeordnet, daß Kartenskizzen mit etwa einem Viertel des Bahnnetzes angebracht werden, und ich hoffe, daß es vielen Reisenden sehr angenehm sein wird. (Lebhafter Beifall.) Ich habe auch veranlaßt, daß in den Speisewagen Karten ausgelegt werden, in denen auf besondere Punkte aufmerksam gemacht wird, an denen der Zug vorbeifährt. (Erneuter Beifall.)

Abg. **Wolgast** (Hosp. d. fr. Vp.)

bittet den Minister, für die Schülerfahrten möglichst Erleichterungen zu gewähren. Dadurch würde wahrlich nicht das vom Grafen Moltke befürchtete Vagabundentum auf der Eisenbahn befördert, aber man würde dem Volk einen großen Dienst erweisen.

Abg. **Glowatzki** (Ztr.):

Die Bewegung in Oberschlesien sei keine großpolnische, sondern eine sozialdemokratische. Deshalb wäre es angezeigt, nicht noch mehr Unzufriedenheit dadurch zu schaffen, daß man Beamte nach Oberschlesien schickt, die nur Deutsch verstehen, aber nicht Polnisch.

Abg. Dr. **v. Campe** (natl.)

beschwert sich darüber, daß die Jseder Hütte bei Peine gegenüber allen anderen Hütten dadurch benachteiligt sei, daß ihr nicht die Spezialtarife für Rohtohle und Koks gewährt seien.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. **Engelbrecht** (freik.)

wünscht, daß die Statistik über die Güterbewegung auf den Eisenbahnen in Uebereinstimmung mit der Statistik der Güterbewegung auf den Wasserstraßen gebracht werde, und sodann möglichste Spezialisierung der landwirtschaftlichen Tarife.

Abg. **Löscher** (freik.)

wünscht Verstaatlichung der Prieznitzbahn.

Abg. **Kreitling** (fr. Vp.):

Bisher haben wir es erlebt, daß die Verkehrsminister meist Verkehrsverhinderungsminister waren. Immer hat die Stadt Berlin den Widerspruch der Behörden nicht besiegt. Die Erklärung des Ministers hat heute eine ganz andere Perspektive uns eröffnet. Wir werden von dieser entgegenkommenden Erklärung des Ministers Gebrauch machen. Wenn der Minister uns in unseren Bestrebungen fördern will, dann werden wir ihm sehr dankbar sein.

Etwa zehn Redner verzichten unter allgemeiner Heiterkeit auf das Wort.

Abg. **Meyenschein** (konf.)

bringt lokale Wünsche vor.

Es folgt jetzt die Besprechung über die Zugverbindungen.

Abg. Graf **Praschma** (Ztr.)

dankt dem Minister dafür, daß er für Schlesien bessere Schnellzüge geschaffen habe. Vielleicht wäre es angebracht, die Schnellzüge nach Bedarf halten zu lassen, wenn dies technisch möglich wäre.

Abg. Dr. **Lotichius** (natl.)

bittet um Zugverbesserungen auf den rechtsrheinischen Staatsbahnen sowie um Einführung eines Nachmittagsschnellzuges von Berlin nach dem Westen.

Abg. Freiherr **v. Wilisen** (konf.)

wünscht Erleichterung des Verkehrs von Frankfurt a. O.—Lübben.

Abg. **Stanke** (Ztr.)

beschwert sich über schlechte Schnellzugsverbindungen der Stadt Annaberg. Technische Schwierigkeiten ständen einer Verbesserung dieser Verhältnisse nicht entgegen.

Abg. **v. Schubert** (bei keiner Partei)

befürwortet gleichfalls die Einrichtung eines Nachmittagsschnellzuges von Berlin nach dem Westen, desgleichen bessere Schnellzugsverbindungen und Anschlüsse für Neustrelitz. Seine Wünsche für Rottweiler und St. Wendel stellt Redner bis auf weiteres zurück.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.)

wünscht bessere Anschlüsse von Kassel nach Frankfurt und Berlin.

Abg. **Hammer** (konf.)

verlangt Höherlegung der Bahn Potsdam—Nowawes—Neuenendorf und Erbauung eines Doppelbahnhofs in Nowawes.

Abg. **Bachmann** (natl.)

dankt für die Verbesserung der Schnellzugsverbindung Berlin—Flensburg und bittet um weitere Verbesserungen in dieser Beziehung.

Abg. **v. Savigny** (Ztr.)

wünscht bessere Verbindung von Berlin nach Metz über Kassel-Gießen-Koblenz, auch Paderborn bedürfe besserer Verbindungen, desgleichen Hannover und Kassel. Die Strecke Hannover-Attendeln sei insofern ein Unikum unter den preußischen Bahnen, als sie die einzige Vollbahn ohne Schnellzugsverbindung sei.

Abg. Dr. **Arendt** (freik.)

wünscht, daß die Schnellzüge in Mansfeld halten, desgleichen in Eisleben.

Abg. **Stull** (Ztr.)

weist darauf hin, daß auch die Vollbahnstrecke Neiße—Brieg keinen Schnellzug hat.

Abg. **Hirsch-Essen** (natl.)

befürwortet gleichfalls den bereits mehrfach gewünschten Nachmittagsschnellzug von Berlin nach dem Westen.

Abg. **Hoheisel** (Ztr.)

wünscht für verschiedene schlesische Städte bessere Anschlüsse an den Schnellzug Breslau—Wien.

Abg. **Funck** (fr. Vp.)

wünscht eine Abendschnellzugverbindung Berlin—Frankfurt am Main. Auch er hält den Nachmittagsschnellzug von Berlin nach dem Westen für wünschenswert.

Minister **Budde:**

Aus den vorangegangenen Debatten über die Zugverbindungen habe ich die betriebende Wahrnehmung gemacht, daß die Lehrsätze der Volkswirtschaft doch sehr leicht zu erschüttern sind. (Heiterkeit.) Man sagt, gute Zugverbindungen bringen eine Verkehrssteigerung hervor, schlechte dagegen hemmen den Verkehr. Nun habe ich Ihnen die Verkehrssteigerung, die wir bis jetzt gehabt haben, kürzlich geschildert, während wir jetzt gehört haben, daß die Zugverbindungen alle miserabel sind. (Heiterkeit.) Natürlich sollen die Verkehrsbedürfnisse eingehend geprüft werden, wobei ebenso natürlich die vorgetragenen Wünsche als Unterlage dienen werden. Ich kann mich ruhig schlafen legen, denn wenn nur einmal meine Herren ausspannen, so weiß ich, daß ich in diesem Hause hervorragende Fahrplantechniker finde, die mir sagen können, welche Städte keine Schnellzüge brauchen. (Heiterkeit.) Es ist mir eine große Beruhigung. (Heiterkeit.) Ich werde Ihre Ausführungen im einzelnen alle prüfen und darauf, wenn möglich, bei der Aufstellung der Fahrpläne Bedacht nehmen. Vielleicht gelingt es mir dann, den volkswirtschaftlichen Lehrsatz zu neuer Bedeutung zu bringen, daß gute Fahrpläne eine Steigerung des Verkehrs bringen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 9. März, Vormittags 11 Uhr: Fortsetzung der zweiten Beratung der Etats der Eisenbahnverwaltung.

Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

52. Sitzung vom 8. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Nieberding, v. Einem.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Rechtsstellung des herzoglich holsteinschen Fürstenhauses.

Abg. **Stadthagen** (soz.):

Dieser Gesetzentwurf ist zweifellos ein Eingriff in die bestehenden Rechtsverhältnisse. Ich vermisse jegliche Begründung für diese Vorlage. Nach gemeinem deutschen Fürstenrecht ist das herzoglich holsteinsche Fürstenhaus immer anders behandelt worden als die 1866 depossedierten Fürsten. Besonders fällt aber für uns ins Gewicht, daß durch dieses Gesetz in einen Prozeß eingegriffen werden soll, den eine Hofdame gegen den Herzog Ernst Günther angestrengt hat. Holstein-Sonderburg kann ein solches Recht nicht beanspruchen. Man stelle sich nur vor, daß die herzogliche Linie auch als Schuldnerin jetzt plötzlich ebenso gestellt werden soll wie die Fürstenhäuser! Der Entwurf ist ein Ausnahmegesetz schlimmster Art. Wir beantragen Verweisung an eine Kommission von vierzehn Mitgliedern.

Staatssekretär Dr. **Nieberding:**

Besondere Privilegien auf dem Gebiete des Strafrechts sollen der holsteinschen Linie durch dieses Gesetz nicht gegeben werden; für das Strafrecht sind nicht die Hausgesetze maßgebend, sondern die Reichsgesetze. Die Vorlage bezieht sich, wie ausdrücklich festgestellt werden muß, nur auf die privatrechtliche Stellung.

Abg. **Kirsch** (Ztr.):

Ich meine, daß wir den Gesetzentwurf sofort verabschieden können. Ich muß gegenüber dem Abg. Stadthagen feststellen, daß bis zum 16. Jahrhundert nach deutschem Fürstenrecht das holsteinsche Haus genau so gestellt war wie das nassauische. Redner regt sodann einige redaktionelle Aenderungen an.

Dr. **Nieberding:**

Auf rechtshängige Sachen hat der Gesetzentwurf keinen Einfluß. Deshalb sind die Befürchtungen des Abg. Stadthagen unbegründet. Die vom Abg. Kirsch angeregten Aenderungen halte ich nicht für zweckmäßig.

Abg. Dr. **Stockmann** (Mp.):

Der Gesetzentwurf ist so einfach, daß wir ihn hier sofort im Hause erledigen können. Auch ich will keinen Eingriff in das bürgerliche Recht. Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf aber auch garnicht um einen Eingriff in materielles Recht, sondern nur um eine authentische Interpretation, die wir durchaus für zweckmäßig halten. Wir Schleswig-Holsteiner begrüßen es, daß unserem angestammten Augustenburger Fürstenhaus hier die Stellung gewährt wird, die es geschichtlich beanspruchen kann.

Abg. **Stadthagen** (soz.):

Die Richter sind jetzt der Ansicht, daß dem holsteinschen Fürstenhaus das Recht, welches ihm durch die Vorlage gegeben werden soll, nicht zusteht. Es handelt sich hier also nicht um eine Interpretation, sondern um eine Gesetzesänderung. Wo Hunderte von Familien unter dem Partikularrecht schmachten, wollen wir nicht, daß einer Familie eine Sonderstellung gewährt wird.

Abg. **Jessen** (Däne):

Die Begründung des Entwurfes ist so mahtvoll gehalten, daß man daraus sofort die dänischen Traditionen des Reichskanzlers Grafen v. Bülow erkennt. Man sieht aus der Begründung, daß Graf v. Bülow der Sohn eines dänischen Ministers ist, der den Frieden vom Jahre 1846 mitunterzeichnet hat. Dem Abg. Stockmann gegenüber muß ich feststellen, daß die dänischen Schleswiger niemals das Augustenburger Haus als das angestammte Fürstenhaus angesehen haben.

Abg. Dr. **Stockmann** (Mp.):

Es steht hier einfach dänische und deutsche Geschichtsauffassung einander gegenüber. Hier im deutschen Reichstag bin ich wohl berechtigt, die deutsche Geschichtsauffassung zu vertreten. (Sehr wahr!)

Abg. **v. Normann** (konf.):

Wir werden dem Gesetzentwurf ohne Kommissionsberatung zustimmen.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung ohne Erörterung angenommen, nachdem ein Antrag des Abg. Singer (soz.), die zweite Beratung heute abzusetzen, abgelehnt ist.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Militäretats beim Titel Gehalt des Kriegsministers.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Unsere Erörterungen stehen unter dem Worte: Repetitio est mater studiorum. Daß das stete Wiederholen die Fragen aber besser und gründlicher löst, bezweifle ich. Abg. Bebel hat sich über die mangelnde Wärme in den Darlegungen meines Freundes Beumer aufgehalten. Gewiß, das Pathos der Leidenschaft und des Hasses fehlt uns. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) Ich muß feststellen, daß die Erörterungen der letzten Tage mit dem Etat garnichts zu tun hatten. Die finanzrechtliche Seite ist garnicht gestreift worden. Wir haben nur sehr wenig von den Gründen gehört, die die Einbringung eines neuen Quinquennatsgesetzes um ein Jahr verzögert haben; wir wissen nur, daß die neue Militärvorlage die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit bringen wird. Es sind auch verschiedene militärische Fragen gestreift worden, wie zum Beispiel die Avancementsverhältnisse der Offiziere u. s. w. Der Offiziersersatz hat sich schwierig gestaltet. Wir freuen uns, daß man bei der Auswahl der jungen Anwärter mit Vorsicht zu Werke geht, und daß man, wie der bayerische Bundesratsbevollmächtigte gestern mitteilte, auch das psychologische Moment berücksichtigt. Wir wünschen das beste Menschenmaterial als Erzieher der Rekruten. Von diesem Gesichtspunkte aus treten wir auch für die Besserstellung der Unteroffiziere ein. Die literarische Arbeit der inaktiven Offiziere kann nicht unterbunden werden. Aber auch ich habe bei einem Teil dieser Literaten den Eindruck gewonnen, als ob sie das eigene Nest nicht so in Acht nehmen, wie es eigentlich selbstverständlich wäre. (Abg. Graf Oriola ruft: Sehr richtig!) Für diesen Teil der inaktiven Offiziere trifft die Kritik des Kriegsministers zu. (Zustimmung bei